

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Beigeordneter Stefan Becker
Beigeordneter Werner Biehl
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied FW-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Melanie Bratzke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 22

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

6.1	Städteversammlung Niedersächsischer Städtetag 2012 in Hitzacker	26/2012
6.2	Antrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten: Kontaktaufnahme mit dem III. Oldenburgischen Deichband zwecks Aufschiebung des möglichen Abrisses des Deichhauses am Fliegerdeich sowie Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes	507/2012
7.1.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	29/2012
7.1.2	Anträge der BASU-Fraktion zur Haushaltssicherung	504/2012
7.1.3	Anträge Ratsherr Dr. von Teichman zur Haushaltssicherung	505/2012
7.1.4	Antrag der BASU-Fraktion auf Einführung eines Kastrations- und Kennzeichnungsgebotes für freilaufende Katzen	506/2012
7.2.1	Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist	14/2012
7.2.2	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Lars Schomburg	15/2012
7.2.3	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Kai Konken	16/2012
7.2.4	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist	20/2012
7.2.5	Antrag Ratsherr Dr. von Teichman zur Haushaltssicherung	33/2012
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 80A/5. Änderung (vorhabenbezogen)/Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 017 (VEP017) – Güterstraße - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	17/2012
7.3.2	Bebauungsplan Nr. 38A / 2. Änderung (vorhabenbezogen) Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 018 (VEP 018) – Neuende - Entwurfsbeschluss	18/2012
7.4.1	Personelle Besetzung des Behindertenbeirates	9/2012
7.5.1	Neues Gymnasium Wilhelmshaven (NGW) - Sporthalle	40/2012
7.5.2	Anträge zum Haushalt der BASU-Fraktion und der FDP	42/2012
7.6.1	Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven"	4/2012
7.6.2	Antrag der BASU-Fraktion - Verkauf des Jade Innovationszentrums an der Emsstraße	500/2012
7.6.3	Antrag der BASU-Fraktion - Verkauf des Jadestadions bzw. Erhöhung der Mieten	501/2012
7.6.4	Antrag der BASU-Fraktion - Kostendeckende Miete Nordfrostarena	502/2012
7.7.1	Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven"	6/2012
7.8.1	Antrag der BASU-Fraktion zur Haushaltssicherung	35/2012
7.8.2	Antrag Ratsherr von Teichmann zur Haushaltssicherung	36/2012
7.9.1	Anträge zum Haushalt der BASU-Fraktion und der FDP	31/2012
7.10.1	Zusammenlegung der beiden städtischen Gymnasien zum Schuljahr 2012/13	10/2011
7.10.2	Aufhebung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schulbezirken und das Aufnahmeverfahren für die Gymnasien in Wilhelmshaven zum Schuljahresende 2011/12	11/2011
7.10.3	Anträge zum Haushalt der BASU-Fraktion	41/2012
9.1	Resolution auf Antrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten: Verpflichtung der Stadt Wilhelmshaven, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Art von rechtsextremistischen Aktivitäten entgegenzuwirken	508/2012

Vor Beginn der Sitzung überreichte der ehemalige Ratsherr Westerman gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Eisenbahner Sportvereins (ESV), Herrn Gellert, und dem Jugendleiter des ESV, Herrn Früchtenicht, eine Unterschriftensammlung „Ja zum Kunstrasen“.

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Glaser teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 7.10.3 entfalle, da der Antrag im Verwaltungsausschuss zurückgezogen worden sei. Ebenfalls sei der Antrag zu Tagesordnungspunkt 6.2 im Verwaltungsausschuss zurückgezogen worden.

Herr Biehl wendete ein, hier liege ein Missverständnis vor: Es sei nicht beabsichtigt gewesen, den Antrag zurückzuziehen. Daher müsse der Punkt auf der Tagesordnung verbleiben.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung der Protokolle über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 23.11. und 21.12.2011 sowie vom 18.01.2012

Herr Tjaden bat darum, die Abstimmungsergebnisse im Protokoll künftig wenn möglich genau anzugeben.

Desweiteren wolle er darauf hinweisen, dass im Protokoll vom 21.12.2011 auf Seite 10 von einem gemeinsamen Antrag von CDU und SPD die Rede sei. Seiner Meinung handle es sich jedoch um einen Antrag der Gruppe SPD-CDU, wie auch aus dem vorgelegten Original ersichtlich sei. Da es eine solche Gruppe im Rat nicht gebe, könne seiner Auffassung nach auch der Beschluss nicht zustande gekommen sein.

Herr Stoffers erklärte, der Antrag trage die Überschrift „CDU-Fraktion im Rat der Stadt“ und sei vom Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion unterschrieben. Es handle sich somit um einen Antrag der CDU-Fraktion und damit auch zulässig. Die SPD-Fraktion habe sich diesem im Vorfeld inhaltlich angeschlossen.

Nachdem die Thematik anschließend kurz zwischen den **Herren Tjaden** und **Stoffers** erneut diskutiert wurde, erfolgte die Genehmigung der einzelnen Protokolle:

Protokoll 23.11.2011

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 23.11.2011 wird genehmigt.

Protokoll 21.12.2011

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt – (bei 1 Gegenstimme von Herrn Tjaden)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.12.2011 wird genehmigt.

Protokoll 18.01.2012

Beschluss: - einstimmig zugestimmt – (bei 1 Enthaltung von Herrn Biehl)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 18.01.2012 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Beratungsgegenstände vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Beratungsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)6.1 Städteversammlung Niedersächsischer Städtetag 2012 in Hitzacker **26/2012**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 06.02.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven entsendet zur Städteversammlung des Niedersächsischen Städtetages am 13. und 14. März 2012 in Hitzacker (Elbe) als Stimmführer Herrn Oberbürgermeister Wagner.

Daneben können Ratsmitglieder auf eigene Kosten an der Städteversammlung teilnehmen.

6.2 Antrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten: Kontaktaufnahme mit dem III. Oldenburgischen Deichband zwecks Aufschiebung des möglichen Abrisses des Deichhauses am Fliegerdeich sowie Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes **507/2012**

Herr Becker brachte folgenden Antrag für die Gruppe Grüne/WBV/Piraten ein und begründete diesen anschließend:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung, mit dem III. Oldenburgischen Deichband als Eigentümer der sog. Deichhäuser in Kontakt zu treten, um einen möglichen geplanten Abriss des westlichen Gebäudes zeitlich aufzuschieben.

Zeitgleich wird die Verwaltung beauftragt, ein mögliches Nutzungskonzept – unter Beteiligung der WTF GmbH - zu erarbeiten sowie die voraussichtlichen Sanierungskosten dem Grunde nach zu ermitteln.

Begründung:

Die sogenannten Deichhäuser gehören zu den wenigen noch vorhandenen alten, geschichtsträchtigen Gebäuden in Wilhelmshaven. Viel mehr noch stellen sie aber mit ihren fast hundert Jahren ein prägendes Erscheinungsbild am Südstrand dar, so dass ihnen gerade in diesem Ensemble ein Wiedererkennungswert auch in touristischer Sicht nicht abzusprechen ist.

Um einen unwiderruflichen Abriss des westlichen Gebäudes zu verhindern, ist der III. Oldenburgischen Deichverband als Eigentümer des Gebäudes zu kontaktieren, um einen zeitlichen Aufschub bis mindestens Ende Mai zu erzielen. Parallel ist seitens der Verwaltung ein mögliches Nutzungskonzept zu erarbeiten. Hierbei sollte auch –anhand der Vorgaben des Eigentümers- eine touristische Nutzung unter Beteiligung der WTF GmbH geprüft werden.

Hinsichtlich der Finanzierbarkeit eines möglichen Nutzungskonzeptes sollen sowohl mögliche Sanierungskosten als auch mögliche zu erzielende Einnahmen

geprüft bzw. gegenübergestellt werden.

Unter der Annahme, dass ein zeitlicher Aufschub bis Ende Mai 2012 erreicht werden kann, ist dem Rat in der Sitzung am 18.04.2012 das Ergebnis der Ermittlungen vorzustellen.“

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass das Thema durch die Verwaltung bereits abgearbeitet werde und der Antrag daher ins Leere gehe. Derzeit werde nach einem geeigneten Nutzungskonzept gesucht, welches möglichst auf einer privatwirtschaftlichen Basis fußen und nicht durch die Stadt finanziert werden solle. Dazu stehe die Stadt bereits in Kontakt mit dem Deichband.

Herr Biehl verlieh seinem Unmut darüber Ausdruck, dass die Antragsteller über die aktuelle Entwicklung nicht informiert worden seien. Der Informationsfluss zu den Mehrheitsfraktionen sei scheinbar ein anderer als für den Rest des Rates. Mit einer Diskussion über einen nunmehr überflüssigen Antrag werde nur unnötig wertvolle Zeit investiert.

Herr Tjaden stimmte Herrn Biehl zu: Jedes Ratsmitglied sollte die gleichen Informationen über einen Sachverhalt erhalten.

Herr Stoffers wendete ein, der Oberbürgermeister habe im Rahmen der Beratungen zu diesem Antrag im Verwaltungsausschuss wie auch heute im Rat allen die gleichen Informationen zukommen lassen.

Herr Dr. von Teichman bat um nähere Auskünfte über eine mögliche Nutzung des Gebäudes. Er halte für besonders wichtig, dazu den städtischen Haushalt nicht zu belasten. Er werde dem Antrag in jedem Fall zustimmen.

Herr Becker erklärte, es sei vorstellbar, das Gebäude für die Ausweitung des Wohnmobiltourismus am Fliegerdeich zu verwenden. Dort könnten sanitäre Einrichtungen, Aufenthaltsräume, Shops oder ähnliches eingerichtet werden. Diese Erweiterung rechtfertige erhöhte Stellplatzgebühren, was dem Vorschlag wiederum die nötige Nachhaltigkeit verleihe.

Der Antrag wurde bei 25 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Wagner) und 14 Ja-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV/Piraten, BASU-Fraktion, FW-Fraktion, Die Linke und FDP) **mehrheitlich abgelehnt**.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

7.1.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **29/2012**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 13.02.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme folgender Geldspenden:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. GDF Suez Energie, Herr Albers Niedersachsendamm 10, 26386 Wilhelmshaven	7.700,00 €	Gymnasium am Mühlenweg, Lehrmaterial FB Naturwissenschaften/Chemie

7.1.2 Anträge der BASU-Fraktion zur Haushaltssicherung

504/2012

Bevor **Herr Tjaden** seinen Antrag einbrachte, nahm **Herr Stoffers** Stellung zu der Kritik am Umgang mit den Anträgen der BASU bzw. Herrn Dr. von Teichman zur Haushaltssicherung seitens der Verwaltung:

Die Verwaltung habe nach einem geeigneten Weg gesucht, um die Vielzahl der Anträge abzuarbeiten. Dabei bestand die Überlegung, die Anträge gleich mit einer entsprechenden Empfehlung der Verwaltung zu versehen. Die Formulierung im Rahmen eines Beschlussvorschlages habe sich im Laufe der Beratungen jedoch als nicht optimal erwiesen: Dies führe zu einem Missverständnis, zum anderen fehle es an einer einheitlichen Formulierung.

Auch wenn die Verwaltung nach wie vor inhaltlich zu den beschriebenen Empfehlungen stehe, werde man dafür Sorge tragen, dass die Form künftig entsprechend verändert werde.

In Folge dessen ziehe die Verwaltung ihre Beschlussvorlagen zurück, so dass jeweils über die ursprünglichen Anträge abzustimmen sei.

Herr Tjaden stimmte dem zu und erinnerte an die zum Teil äußerst schwierige Vorbereitung in den Fachausschüssen.

Er werde daher **alle Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt zurückziehen**. Statt dessen werde jeder Antrag einzeln bei Bedarf neu gestellt, um eine ordnungsgemäße Vorbereitung sicherzustellen.

Folgende Anträge waren betroffen:

2. *Schließung der Stadthalle:*

Die Stadthalle wird schnellstmöglich nicht mehr weiter betrieben.

Die extrem schwache Auslastung und anstehende Instandsetzungen führen seit Jahren zu erheblichen Verlusten, die bei einer sofortigen Schließung eingespart werden können. Die jährliche Ersparnis beläuft sich auf rund 300.000 Euro.

3. *Ankauf des Gebäudes Küstenmuseum*

- a. *Alternativ Vertragskündigung und schnellstmögliche Verlagerung in städtische Gebäude*

4. *Ermittlung der tatsächlichen Werte zur Ermittlung der Grundabgaben.*

Grundlage der Grundabgaben ist der Wert des Objektes. Der in den Bescheiden festgelegte Wert entspricht in vielen Fällen nicht dem tatsächlichen Wert. Dieser Umstand führt zu einer geringeren Grundsteuerabgabe.

5. *Erstellen eines Masterplans zum Ausbau der Tourismuszone Banter See bei gleichzeitiger Einstellung der Planungen Durch- und Ausbau Anton Dorn Weg.*

8. *WFG/WTF*

Die WFG wird schnellstmöglich mit der WTF zur WWTF (Wilhelmshavener Wirtschafts- und Tourismusförderung verschmolzen.

Durch die dann gemeinsame Personalführung, Bewerbung, Gebäudenutzung können Einsparungen erzielt werden, ohne dass hierzu Aufgaben reduziert werden müssen.

Ein gemeinsamer Geschäftsführer

9. *Verkauf von Hafenflächen*

10. *Verkauf des Gewerbezentrums Kutterstraße*

*12. Aufgabe des Gebäudes Luisenstraße**Bis Mitte 2012 wird das Gebäude Luisenstraße aufgegeben.**Stadtwerke, WFG usw. werden in anderen städtischen Gebäuden untergebracht und das Gesamtgelände der Stadtwerke veräußert.**15. Erhöhung der Gebühren bei der Industriewasserversorgung und der Energiepreise für Großindustrie**Die Gebühren werden um 10 % erhöht, um hier Gewinne zu erzielen.**Die Privaten Abnehmer in Wilhelmshaven sorgen mit ihren Zahlungen für Energie und Wasser für Gewinne bei der GEW und tragen damit zur Haushaltsverbesserung bei.**Das muss auch für die Industrie gelten.**16. Barkassenservice**Zwischen Wattenmeerhaus – Oceanis - Pumpwerk – Marinemuseum wird ein Barkassenservice eingerichtet. Sicher werden dadurch wesentlich mehr Touristen aus dem Innenstadtbereich an die Einrichtungen am Südstrand gelangen.**18. Prüfauftrag an Verwaltung:**a. Übernahme von Prüfungen der Gesellschaften durch RPA**c. Gemeinsames Werbemanagement im Gesamtkonzern Stadt**20. Intensivierung Geschwindigkeitsmessungen**Die Stadt intensiviert die Kontrollen bei folgenden Verstößen:**a. Telefonieren am Steuer**b. Befahren von Straßen mit Durchfahrtsbeschränkungen**c. Parken auf Gehwegen und in falscher Richtung.*7.1.3 Anträge Ratsherr Dr. von Teichman zur Haushaltssicherung**505/2012**

Nachdem **Herr Dr. von Teichman** kurz auf die Vorgeschichte zu seinen Anträgen einging, begründete er diese kurz: Wichtig sei ihm, sich vom „Kleinklein“ der bisherigen Haushaltsberatungen zu lösen und zu einer mehr generalisierenden Debatte mit entsprechenden Beschlüssen zu gelangen. Man dürfe sich nicht darauf ausruhen, dass die Kommunalaufsicht den Haushalt genehmigt habe. Bedauerlicherweise seien bislang auch seitens der Mehrheitsfraktionen keine tiefer gehenden Vorschläge eingebracht worden.

Nachdem **Herr Dr. von Teichman** kurz die seiner Meinung nach nötigen Schritte für eine Verbesserung der Haushaltssituation zusammengefasst hatte, brachte er folgende Anträge ein:

Antrag Nr. 1 „Analyse interkommunale Zusammenarbeit mit LK Friesland“:

Umfassende Analyse, welche Aufgaben zusammen mit LK Friesland wahrgenommen werden können. Einsparungen von 1 bis 2 Millionen sind eher pessimistisch. (Z.B.: RPA, Gesundheitsamt, Kultursteuerung, Kultureinrichtungen, Personalabrechnung, EDV).

Antrag Nr. 2 „Prüfauftrag: Dienstleistungen“:

Prüfung, welche Dienstleistungen die Stadt und die Gesellschaften privat vergeben können (z.B. Gartenpflege, Hausmeister, Werkstätten, Ampelpflege, Reinigungsdienst) (5 Mio)

Antrag Nr. 3 „Prüfauftrag: Fahrzeugpark“:

Prüfung Fahrzeugpark von Stadt und Gesellschaften, hier Synergien? Wahrscheinlich deutliche Reduzierung möglich (0,5 Mio). Wie oben erwähnt ist eine erste Analyse nach langer Zeit vorgelegt worden. Die Verwaltung war selbst überrascht, wie viele Fahrzeuge in städtischem Besitz sind. Konsequenzen

wurden bisher nicht gezogen.

Antrag Nr. 4 „Verkauf Reinhard-Nieter-Krankenhaus“:

Verkauf RNK. Gewinn von 25-30 Mio. Ebenso Alten- und Pflegeheime sowie ambulanten Pflegedienst.

Antrag Nr. 10 „Überprüfung aller Mitgliedschaften in überörtlichen Institutionen“:

Überprüfung aller Mitgliedschaften in überörtlichen Institutionen (RIS, Metropol-Region, Ost-Friesland-Konferenz, zahlreiche durch WFG) Einsparvolumen ca. 0,2 Mio.

Antrag Nr. 11 „Verkauf Kutterstraße“:

Verkauf Kutterstraße, damit Auflösung der Beteiligungsgesellschaft, Einsparung der entspr. Verwaltungskosten. *Der Rat hat dies grundsätzlich beschlossen, jedoch soll der Verkauf erst ab 2015 stattfinden. Die Geschäftsführung hat immerhin in der Zwischenzeit Verbesserungen des Ergebnisses zustande gebracht. Erneute Überprüfung der Verhältnisse ist dennoch erforderlich.*

Antrag Nr. 13 „Vorgaben für die Beteiligungen“:

Auch ohne AöR und Neustrukturierung erarbeitet die Verwaltung dem Rat vorzulegende Vorgaben für die Beteiligungen gem. § 150 NKomVG.

Antrag Nr. 14 „Verkleinerung des Rates zur Kommunalwahl 2016“:

Für die in 2016 anstehenden Kommunalwahlen wird eine Verkleinerung des Rates um 6 Sitze beschlossen. Auf eine Erhöhung von Aufwandsentschädigungen wird verzichtet. Die Aufwandsentschädigungen in den Gesellschaften werden insgesamt um 50% gekürzt. Der Ältestenausschuss erarbeitet entsprechende Vorschläge.

Antrag Nr. 15 „Einbindung des RPA in das Controlling“:

Das Rechnungsprüfungsamt wird wesentlich stärker in das Controlling der vom Rat gefassten Beschlüsse eingebunden. Es berichtet dem Rat regelmäßig auch unterjährig.

Herr Tjaden bat um Einzelabstimmung zu den verschiedenen Anträgen.

Die Abstimmung ergab folgende Ergebnisse:

Antrag Nr. 1)

Beschluss: - **mehrheitlich abgelehnt**

bei 3 Ja-Stimmen: Dr. von Teichman (FDP), Herr Walzner (FW), Herr Tjaden (BASU)

Antrag Nr. 2)

Beschluss: - **mehrheitlich abgelehnt**

bei 1 Ja-Stimme: Dr. von Teichman (FDP) und 1 Enthaltung: Herr Tjaden (BASU)

Antrag Nr. 3)

Beschluss: - **mehrheitlich abgelehnt**

bei 13 Ja-Stimmen: Dr. von Teichman (FDP), Gruppe Grüne/WBV/Piraten, Herr Walzner (FW), Herr Tjaden (BASU), Herr Hammadi (Die Linke.)

Antrag Nr. 4)

Beschluss: - **mehrheitlich abgelehnt**

bei 1 Ja-Stimme: Dr. von Teichman (FDP)

Antrag Nr. 10)

Beschluss: - **mehrheitlich abgelehnt**

bei 1 Ja-Stimme: Dr. von Teichman (FDP)

Antrag Nr. 11)

Beschluss: - **mehrheitlich abgelehnt**

bei 2 Ja-Stimmen: Dr. von Teichman (FDP), Herr Tjaden (BASU) und
1 Enthaltung: Herr von den Berg (Grüne) –

Antrag Nr. 13)

Beschluss: - **mehrheitlich abgelehnt**

bei 2 Ja-Stimmen: Dr. von Teichman (FDP), Herr Tjaden (BASU)

Antrag Nr. 14)

Beschluss: - **mehrheitlich abgelehnt**

bei 2 Ja-Stimmen: Dr. von Teichman (FDP), Herr Tjaden (BASU)

Antrag Nr. 15)

Beschluss: - **mehrheitlich abgelehnt**

bei 14 Ja-Stimmen: Dr. von Teichman (FDP), Gruppe Grüne/WBV/Piraten,
FW-Fraktion, Herr Tjaden (BASU), Herr Hammadi (Die Linke.)

7.1.4 Antrag der BASU-Fraktion auf Einführung eines Kastrations- und Kennzeichnungsgebotes für freilaufende Katzen **506/2012**

Herr Tjaden brachte seinen Antrag mit anschließender ausführlicher Begründung ein und verdeutlichte eindringlich dessen Wichtigkeit:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung einer ordnungsbehördlichen Verordnung für ein Kastrations- und Kennzeichnungsgebot für freilaufende Katzen, die nicht verwildert sind, sondern sich in menschlicher Obhut befinden.“

Oberbürgermeister Wagner machte darauf aufmerksam, dass zum gleichen Thema eine Anregung nach § 34 NKomVG vom Tierschutzverein Wilhelmshaven vorliege. Er schlage daher vor, die abschließende Entscheidung in der nächsten Ratssitzung zu treffen, um bis dahin beide Anliegen in Ruhe vorbereiten zu können. Aus diesem Grunde stelle er einen **Antrag auf Vertagung auf die nächste Ratssitzung**.

Herr Sokolowski stimmte dem Antrag von Herrn Tjaden inhaltlich zu und hielt auch eine Vertagung aus den genannten Gründen für sinnvoll.

Herr Tjaden zeigte sich überrascht hinsichtlich des Vorgehens des Tierschutzvereins, zumal er sich seit geraumer Zeit um eine gemeinsame Lösung bemüht habe.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, es sei nur richtig, wenn sich die Verwaltung für die Bearbeitung der Problematik ausreichend Zeit nähme. Er schätze es als sehr schwierig ein, eine Lösung zur Verbesserung der Situation herbeiführen zu können.

Herr Biehl vermisste auch hier eine Information im Vorfeld. So hätte seiner Meinung nach bereits in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses auf das Vorliegen der Anregung hingewiesen werden können, was im Rat wiederum Zeit ersparen helfe. Er halte das neuerdings seitens der Verwaltung praktizierte Vorgehen mit der Aussage: „Das Thema ist in Arbeit, der Antrag geht daher ins Leere.“ für ungerecht gegenüber dem Antragsteller.

Herr Tjaden verlieh abschließend seinem Unmut gegenüber einer Vertagung Ausdruck.

Dem **Vertagungsantrag** wurde bei 25 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Wagner), 12 Nein-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV/Piraten-ohne Frau Linsen-Steiner-, Herr Tjaden (BASU), Herr Dr. von Teichman (FDP), Herr Walzner (FW), Herr Hammadi (Die Linke.) und 2 Enthaltungen (Frau Linsen-Steiner, Herr Walpurgis (FW)) **mehrheitlich zugestimmt**.

7.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
(Beigeordneter Becker)

7.2.1 Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist **14/2012**

Herr Becker trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 23.01.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens, Herr Michael Feist, wird mit Ablauf des 31.03.2012 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zur Stadt Wilhelmshaven entlassen.

7.2.2 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis - Lars Schomburg **15/2012**

Herr Becker trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 23.01.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der bisherige stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens, Herr Lars Schomburg, wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.04.2012 bis zum 31.03.2018 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

7.2.3 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Kai Konken **16/2012**

Herr Becker trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 23.01.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Kai Konken wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.04.2012 bis zum 31.03.2018 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Heppens im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

7.2.4 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Michael Feist**20/2012**

Herr Becker trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 23.01.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Michael Feist, geb. 31.08.1972, wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.04.2012 bis zum 31.03.2018 zum Stadtbrandmeister im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

7.2.5 Antrag Ratsherr Dr. von Teichman zur Haushaltssicherung**33/2012**

Herr Dr. von Teichman brachte folgenden weiteren Antrag mit nachfolgender Begründung ein:

„Mit Personalrat wird Verzicht auf Erfüllung des Tarifvertrages vereinbart, keine Gehaltssteigerung für 2 Jahre.“

Herr Tjaden äußerte sein Unverständnis gegenüber diesem Anliegen: Warum sollte der öffentliche Dienst auf Gehaltserhöhungen verzichten, nicht aber die Beschäftigten im privaten Sektor?

Der Antrag wurde bei 1 Ja-Stimme von Herrn Dr. von Teichman (FDP) **mehrheitlich abgelehnt.**

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)**7.3.1 Bebauungsplan Nr. 80A/5. Änderung (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 017 (VEP017) –Güterstraße - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss****17/2012**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 31.01.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den **Bebauungsplan Nr. 80A/5Ä. (vorhabenbezogen)** / Vorhaben- und Erschließungsplan 017 (VEP 017) - **GÜTERSTRASSE** - als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-04) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 09.01.2012 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

7.3.2 Bebauungsplan Nr. 38A / 2. Änderung (vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 018 (VEP 018) – Neuende - Entwurfsbeschluss **18/2012**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 31.01.2012 vor.

Herr Tjaden zeigte sich erfreut, dass die Pläne nunmehr den Forderungen entsprechend angepasst worden seien; nun sei der Ursprung des Gebäudes zu erkennen. Dafür wolle er allen Beteiligten danken.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des **Bebauungsplans Nr. 38A/2.Ä. (vorhabenbezogen)** / Vorhaben- und Erschließungsplans 018 (VEP 018) - **NEUENDE** - zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.4 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Ratsherr Reese)

7.4.1 Personelle Besetzung des Behindertenbeirates **9/2012**

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.01.2012 vor und lobte in diesem Zusammenhang die Arbeit des Behindertenbeirates.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Anregung des Behindertenbeirates werden 2 Vertreter der „Interessengemeinschaft behinderter Menschen in der Selbsthilfe“ in den Behindertenbeirat berufen.

7.5 Ausschuss für Sport und Kultur (Ratsherr Möhle)

7.5.1 Neues Gymnasium Wilhelmshaven (NGW) - Sporthalle **40/2012**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport und Kultur vom 09.02.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Vorentwurfsplanung, sowie das Raumprogramm für die neue Dreifeld-Sporthalle mit 199 Besucherplätzen für das NGW werden als Grundlage zur Ausschreibung der Bauleistungen und Realisierung freigegeben.

7.5.2 Anträge zum Haushalt der BASU-Fraktion und der FDP **42/2012**

Herr Dr. von Teichman brachte seinen nächsten Antrag wie folgt ein:

„Gemeinsame Steuerung aller Kultureinrichtungen, insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit, WTF entwickelt zentrales Vermarktungskonzept, Kulturtourismus. Tourismuskonzept wird innerhalb von zwei Monaten fertig gestellt und innerhalb von 2 Jahren umgesetzt. Kooperation mit dem Umland. Dadurch Steigerung der Besucher- und Benutzerzahlen, solche sollten vorgegeben werden. (mindesten 1 Mio.)“

Nachdem **Herr Tjaden** dem Anliegen zugestimmt hatte, zeigte sich **Herr Biehl** enttäuscht darüber, dass es in Wilhelmshaven scheinbar nicht möglich sei, die Kultureinrichtungen aufgrund vielzähliger Einzelverträge zu bündeln.

Der Antrag wurde anschließend bei 14 Ja-Stimmen (Dr. von Teichman (FDP), Gruppe Grüne/WBV/Piraten, FW-Fraktion, Herr Tjaden (BASU), Herr Hammadi (Die Linke.)) und 25 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Wagner) **mehrheitlich abgelehnt**.

Der folgende Antrag wurde von **Herrn Tjaden** mit kurzer Begründung vorgetragen:

„Reduzierung Sportangebot VHS

Die VHS gibt zum Ablauf des Jahres 2012 alle Angebote im Bereich Sport auf, welche auch von Sportvereinen angeboten werden.“

Dieser Antrag wurde ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt** (1 Ja-Stimme: Herr Tjaden (BASU), 3 Enthaltungen: Herr Dr. von Teichman (FDP), Herr Walpurgis (FW) und Herr Hammadi (Die Linke.), 35 Nein-Stimmen: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Gruppe Grüne/WBV/Piraten, Herr Walzner (FW), Oberbürgermeister Wagner).

7.6 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Beigeordneter Hellwig)

7.6.1 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven" **4/2012**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 12.01.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die als Anlage beigefügte Eigenbetriebssatzung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

7.6.2 Antrag der BASU-Fraktion - Verkauf des Jade Innovationszentrums an der Emsstraße **500/2012**

Herr Tjaden beantragte:

„Verkauf des Biotechnologiezentrums an der Emsstraße.“

Anschließend begründete Herr Tjaden seinen Antrag ausführlich.

Herr Prof. Reuter zeigte sich skeptisch hinsichtlich der Behandlung dieses Themas in öffentlicher Sitzung. Aufgrund des möglicherweise entstehenden schlechten Eindrucks hielte er es für besser, diesen Antrag zurückzuziehen.

Herr Tjaden hielt dem entgegen, dass die Entscheidung zur Beratung im öffentlichen Teil seitens der Verwaltung getroffen worden sei. Er könne außerdem keine Fakten erkennen, die eine Nichtöffentlichkeit erforderten. Zudem bestehe immer auch die Möglichkeit der Korrektur bei der Feststellung der Tagesordnung. Da dies nicht geschehen sei, gehe er davon aus, dass von keiner Seite etwas gegen die öffentliche Diskussion seines Antrages spreche.

Herr Dr. von Teichman erinnerte an den bestehenden Konsens, von den nicht mehr benötigten Gebäuden Abstand zu nehmen. Zudem erinnere er daran, wie schwierig die Besiedlung des Zentrums war. Vor diesem Hintergrund müsse man sich fragen, welches Interesse die Stadt an diesem Gebäude noch haben könne.

Doch auch Herr Prof. Reuter habe nicht unrecht: man müsse genau überlegen, an welcher Stelle so ein Verkauf erfolge. Er halte es für richtiger, zunächst einmal Fakten zu sammeln und über das Ergebnis, gegebenenfalls in nichtöffentlicher Sitzung, zu informieren.

Herr Tjaden wiederholte, sein Antrag enthalte keine nichtöffentlichen Inhalte. Er sehe auch keinen Bedarf an weiteren Beratungen, zumal die Ratsmitglieder bereits mehrmals in nichtöffentlichen Sitzungen über die Zahlen und Fakten informiert worden seien. Viel wichtiger sei, dass sich die Stadt von einem solchen Objekt trenne.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde der Antrag bei 2 Ja-Stimmen (Herr Tjaden (BASU) und Herr Hammadi (Die Linke.)) und zwei Enthaltungen (Herren Büscher (Piratenpartei) und Dr. von Teichman (FDP)) **mehrheitlich abgelehnt**.

7.6.3 Antrag der BASU-Fraktion - Verkauf des Jadestadions bzw. Erhöhung der Mieten **501/2012**

Herr Tjaden trug einen weiteren Antrag mit nachfolgender Begründung vor:

„Prüfauftrag an Verwaltung:

Verkauf des Jade Stadions, Alternativ Erhöhung der Mieten.“

Nach einer kurzen Diskussion zwischen den **Herren Tjaden, Reese und Becker** über die zu zahlende Nutzungsgebühr im Stadion wurde der Antrag **mehrheitlich abgelehnt** (bei 2 Ja-Stimmen: Herren Tjaden (BASU) und Dr. von Teichman (FDP) sowie 1 Enthaltung: Herr Hammadi (Die Linke.)).

7.6.4 Antrag der BASU-Fraktion - Kostendeckende Miete Nordfrostarena **502/2012**

Herr Tjaden erklärte, vor dem Hintergrund der Beratungen im Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude sowie im Sportausschuss mit dem Entschluss, die Sporthallen in der Stadt einer Überprüfung zu unterziehen, mache eine Einzelbetrachtung seines Antrages:

18. Prüfauftrag an Verwaltung:

e. Kostendeckende Mieten bei der Nordfrostarena

Die Mieten für alle externen Nutzer der Nordfrostarena werden zu nächstmöglichen Zeitpunkt angepasst, und möglichst auf die kostendeckende Miete erhöht.

Die Verwaltung erarbeitet für den Rat zum zweiten Quartal 2012 entsprechende Vorschläge.

keinen Sinn. Aus diesem Grunde **ziehe er seinen Antrag zurück**.

7.7 Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung
(Beigeordneter Langen)

7.7.1 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven" **6/2012**

Herr Langen trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Städtische Datenverarbeitung vom 07.02.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die als Anlage beigefügte Eigenbetriebssatzung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

7.8 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Beigeordneter Veh)

7.8.1 Antrag der BASU-Fraktion zur Haushaltssicherung

35/2012

Herr Tjaden verlieh seiner Verwunderung über das Auftauchen dieses Antrages auf der Tagesordnung Ausdruck. Im Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven sei dieser Antrag aufgrund weiteren Klärungsbedarfs vertagt worden. Dort habe Einvernehmen darüber bestanden, dass erst nach Vorliegen der benötigten Informationen eine weitere Beratung über den Antrag erfolgen solle. Seiner Meinung nach hätte dieser Punkt daher von der Verwaltung zurück gezogen werden müssen.

Herr Stoffers hielt dem entgegen, die Verwaltung könne diesen Punkt nicht zurück ziehen, da es sich um einen Antrag handele. Der Rat habe diesen Antrag an den zuständigen Fachausschuss verwiesen mit der Folge, dass der Antrag anschließend erneut durch Verwaltungsausschuss und Rat beraten wird. Somit habe der Rat heute die Möglichkeit eines weiteren Beschlusses, in welcher Form auch immer dieser ausfalle.

Herr Tjaden hielt dem entgegen, er halte jedoch den Antrag durch die Vertagung im Betriebsausschuss für dort noch nicht abschließend vorbereitet. Aus diesem Grunde stelle er hier den **Antrag auf Vertagung**, bis der Betriebsausschuss abschließend über seinen Antrag beraten habe.

Der Antrag auf Vertagung von Herrn Tjaden wurde anschließend **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Sokolowski zeigte sich ebenfalls verwundert über die Vorgehensweise: Es könne nicht sein, dass ein Ausschuss einen Antrag vertage, der dann aber ohne weitere und vor allem abschließende Vorbereitung in den Rat gelange.

Herr Harms machte darauf aufmerksam, dass der Antrag nicht aufgrund fehlender Sachinformationen, sondern aufgrund der Form (Antrag in Form einer Verwaltungsvorlage) zurückgestellt worden sei.

Herr Stoffers verdeutlichte erneut, der Antrag sei in den Rat eingebracht worden und damit sei es Sache des Rates über den weiteren Ablauf zu entscheiden. Der Rat habe soeben eine weitere Vertagung abgelehnt, so dass scheinbar kein weiterer Beratungsbedarf für den Betriebsausschuss bestehe.

Herr Tjaden erklärte, **er ziehe damit diesen sowie alle folgenden Anträge der BASU-Fraktion zurück** und werde die Anträge einzeln wieder einbringen.

Beschluss: -zurückgezogen-

„1. Sanierungsstau:

Einstellung von 50 Arbeitskräften mit befristeten Arbeitsverträgen für die flächendeckende Ausbesserung/Sanierung von Bürgersteigen, Fahrradwegen, Straßen, und Baumängeln an städtischen Gebäuden werden (Sanierungsstau) werden in den Jahren 2012 und 2013 jeweils für 6 Monate befristete Arbeitsverträge mit geeigneten Langzeitarbeitslosen geschlossen.“

7.8.2 Antrag Ratsherr von Teichmann zur Haushaltssicherung**36/2012**

Über die beiden Anträge wurde getrennt beraten und abgestimmt.

Herr Dr. von Teichman trug seinen ersten Antrag mit nachfolgender Begründung vor:

„Mit dem Verkaufserlös (aus dem Verkauf des Reinhard-Nieter-Krankenhauses, Anm. d. Protokollführerin) grundlegende Straßensanierung durch dauerhafte stadtteilweise Vergabe an Straßenbauunternehmen (ppp-System), Modell „Kreis Lippe“. Auflösung der Straßenbauabteilung. (mehrere Mio.).“

An der sich anschließenden, kontrovers geführten Diskussion über den Sinn der zahlreichen Anträge zum Haushalt sowie über deren Handhabung durch die Verwaltung und damit zum Teil irreführenden Vorbereitung in den Fachausschüssen beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, Hellwig, Becker, Prof. Reuter, Sokolowski, Tjaden und Biehl**.

Der in Folge dessen von **Frau Biester** gestellte **Antrag auf Ende der Debatte** wurde **mehrheitlich angenommen**.

Da dieser Antrag von Herrn Dr. von Teichman inhaltlich zusammenhing mit seinem bereits abgelehnten Antrag auf Privatisierung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses, war eine Abstimmung entbehrlich.

Die dennoch durchgeführte Abstimmung erbrachte die **mehrheitliche Ablehnung** auch dieses Antrages.

Anschließend brachte **Herr Dr. von Teichman** den zweiten Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt ein und begründete diesen anschließend:

„Konzept zur Integration von Langzeitarbeitslosen. Diese gelingt nur, wenn auch Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte zur Verfügung stehen. Solche sind in verschiedenen Bereichen der Stadt grundsätzlich vorhanden, jedoch durch städtische Dienstleistungen mit hohem technischem Einsatz verloren gegangen. Geprüft werden sollte daher u.a.:

- *Straßenreinigung schrittweise an die Bürger zurückgeben (Folge: diese bestellen entspr. Dienste, diese wiederum stellen Arbeitslose mit geringer Qualifikation ein, so dass hierdurch eine nachhaltige Entlastung des Haushalts entsteht.*
- *Prüfung Müll: nur noch Abholsystem, Folgen wie oben geschildert.*
- *Grünpflege. Gartenbaufirmen beschäftigen auch Geringqualifizierte, bilden auch aus.“*

Auch hier wurde die nicht zu Ende geführte Vorbereitung im Fachausschuss durch Herrn Biehl bemängelt.

Herr Dr. Graul hielt dem entgegen, der Fachausschuss habe lediglich meinungsbildenden, aber keinen verfassungsrechtlich verfügenden Charakter. Eine Vertagung sei im Fachausschuss daher gar nicht möglich.

Herr Sokolowski zeigte sich enttäuscht über die scheinbar fehlende Kommunikation zwischen Politik und Verwaltung über das Verfahren. Er appellierte an den Rat, einen entsprechenden Beschluss zu fassen, damit bisher fehlende Informationen nachgeliefert werden könnten.

Herr Tjaden stimmte dem zu und verdeutlichte die Gründe, die aus seiner Sicht die Aussage von Herrn Dr. Graul unlogisch wirken ließen.

Frau Breuer beantragte anschließend die erneute **Zurückverweisung in den zuständigen Fachausschuss**.

Dieser Antrag wurde jedoch **mehrheitlich abgelehnt**.

In der folgenden Abstimmung wurde der Antrag von Herrn Dr. von Teichman ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

7.9 Jugendhilfeausschuss (Ratsfrau Klee)

7.9.1 Anträge zum Haushalt der BASU-Fraktion und der FDP

31/2012

Die Beratung und Abstimmung über die nächsten zwei Anträge von **Herrn Dr. von Teichman** erfolgte hier ebenfalls getrennt.

Die Anträge von **Herrn Tjaden**

„14. Neubau eines Kinderheimes

Die Einrichtung eines städtischen Kinderheims wird mit Nachdruck vorangetrieben, um die bisher in anderen Einrichtungen untergebrachten Kinder in einer eigenen Einrichtung unterbringen zu können.

17. SUSI

Für das Projekt SUSI werden weitere zwei MitarbeiterInnen eingestellt. Es werden keine neuen zusätzlichen Dienstposten geschaffen, sondern 2 bestehende, und durch Verrentung/Pensionierung frei werdende Dienstposten mit geeignetem Personal wieder besetzt.

19. Migrationsberatung

Die Reduzierung der Migrationsberatung im Stellenplan wird zurückgenommen.“

hatte dieser selbst **zurückgezogen**.

Herr Dr. von Teichman beantragte:

„Mittel- und langfristiges Konzept zur Integration von

- Ausländern*
- Arbeitslosen/Sozialfällen*

Jugendliche („Jeder Jugendliche hat einen Schulabschluss“)

Dieser Abschnitt ist durch die Erstellung von zwei Konzepten (Schulabschluss für jeden Jugendlichen und Integrationskonzept) im Ansatz erfüllt, jedoch muss jetzt rasch aus den theoretischen Konzepten eine Umsetzungsstrategie entwickelt werden. Zeitraum: 2 Jahre.“

Nach der sich anschließenden Begründung durch Herrn Dr. von Teichman wurde über den Antrag abgestimmt:

Der Antrag wurde bei 3 Ja-Stimmen - Herr Dr. von Teichman (FDP), Herr Tjaden (BASU), Herr Hammadi (Die Linke.) –

und 3 Enthaltungen - FW-Fraktion und Herr Büscher (Piraten) – **mehrheitlich abgelehnt**.

Der zweite Antrag, den **Herr Dr. von Teichman** an dieser Stelle einbrachte und begründete, lautete wie folgt:

„Alle von der Stadt „eingekauften“ Dienstleistungen, besonders im sozialen Bereich, werden einer detaillierten Prüfung unterzogen, ob sie effizient und effektiv erbracht werden. Die bisher vorgenommenen Maßnahmen zur Senkung der Sozialausgaben (Streetworker, div. Familienhilfen, Schulsozialarbeit etc.) werden regelmäßig einer Prüfung auf Effizienz und Effektivität unterzogen. Dem

Rat ist entsprechend zu berichten.“

Da keine Wortmeldungen vorlagen, erfolgte unmittelbar anschließend die Abstimmung.

Der zweite Antrag von Herrn Dr. von Teichman wurde bei 1 Ja-Stimme – Herr Dr. von Teichman (FDP) – und 3 Enthaltungen – Herr Tjaden (BASU), Herr Büscher (Piraten) und Herr Hammadi (Die Linke.) – ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

7.10 Schulausschuss (Ratsfrau Will)

7.10.1 Zusammenlegung der beiden städtischen Gymnasien zum Schuljahr 10/2011 2012/13

Frau Will trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 02.02.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der Zusammenlegung der beiden städtischen Gymnasien „Gymnasium am Mühlenweg“ und „Käthe-Kollwitz-Gymnasium“ zum Schuljahr 2012/13 zu.

7.10.2 Aufhebung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schulbezirken und das Aufnahmeverfahren für die Gymnasien in Wilhelmshaven zum Schuljahresende 2011/12 11/2011

Frau Will trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 02.02.2012 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt der Aufhebung der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schulbezirken und das Aufnahmeverfahren für die Gymnasien in Wilhelmshaven zum Schuljahresende 2011/12 zu.

7.10.3 Anträge zum Haushalt der BASU-Fraktion 41/2012

Dieser Tagesordnungspunkt war zu Beginn der Sitzung **zurückgezogen** worden.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es bestand kein Beratungsbedarf.

9 Anträge

9.1 Resolution auf Antrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten: Verpflichtung der Stadt Wilhelmshaven, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Art von rechtsextremistischen Aktivitäten entgegenzuwirken 508/2012

Herr Becker machte auf die neue Textfassung der Resolution aufmerksam, die als Tischvorlage verteilt worden sei. Es handele sich um eine mit allen Fraktionen abgestimmte Version, die nun wie folgt laute:

„Resolution der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen, Wilhelmshavener Bürgervereinigung und Piratenpartei zur Verpflichtung der Stadt

Wilhelmshaven, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Art von rechtsextremistischer Aktivitäten sowie allen Formen von Radikalismus entgegenzuwirken.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stellt fest, dass rechtsextremistisch motivierte Aktivitäten, Gewaltanwendungen und Diskriminierungen eindeutig im Widerspruch zu Artikel 1 Grundgesetz - Schutz der Menschenwürde - und Artikel 2 GG - Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit - stehen.

Im ersten Halbjahr 2011 wurden in Niedersachsen nach Auskunft der Landesregierung insgesamt 733 neonazistische Straftaten verübt – 44 davon waren Gewaltdelikte. Im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Wilhelmshaven / Friesland wurde ein starker Anstieg verzeichnet. So stieg die Zahl der neonazistischen Straftaten im Bereich Wilhelmshaven / Friesland von 22 Delikten im ersten Halbjahr 2010 auf nunmehr 38 Straftaten.

Diese Resolution ist mit konkreten Handlungsschritten verbunden. Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven stellt hierzu in Zusammenarbeit mit dem Kriminalpräventionsrat einen Aktionsplan auf. Sie beantragt die dafür notwendigen Mittel aus dem Aktionsprogramm „Toleranz fördern-Kompetenz stärken“. Eine Beteiligung (z.B. zur Förderung von Veranstaltungen und Projekte in Wilhelmshaven durch Bereitstellung möglicher Veranstaltungsflächen, Beteiligung durch eigene Aufklärungskampagnen an diesen Veranstaltungen) wird auf Antrag entsprechender Veranstaltungs-/Projektleiter im Einzelfall geprüft.

Begründung:

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wilhelmshaven werden verstärkt durch rechtsmotivierte Straftaten in ihren Grundrechten verletzt. erinnert sei in diesem Zusammenhang nur einmal an das Einbringen des Hakenkreuzsymbols in den Asphalt Marktstraße West im letzten Jahr. Darüber hinaus ist ein Zuwachs an Aktivitäten (z.B. Anwerbung junger MitbürgerInnen durch Verteilung von CD's mit rechtsradikalen Inhalten auf Demonstrationen und vor Schulen) und Unterwanderungen von legalen Organisationen durch rechtsradikale MitbürgerInnen zu verzeichnen. Ein lokaler Aktionsplan soll Planungs- und Aktivierungsstrategien für eine nachhaltige Demokratieentwicklung, Vielfalt und Toleranz unterstützen. Er trägt zu einer wirksamen Bekämpfung des wachsenden Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus in unserer Stadt bei.

Der Aktionsplan soll generations- und arbeitsfeldübergreifend angelegt werden und sich durch eine partizipative Arbeitsweise auszeichnen, damit er von einem breiten Spektrum der Zivilgesellschaft getragen und umgesetzt wird. Die demokratische Kultur wird durch die Aktivierung des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters gestärkt. Insbesondere Jugendliche werden ermutigt eigene Projekte zu entwickeln. Deren Engagement und ihre Selbstverantwortung motivieren auch weitere Jugendliche, sich für eine demokratische Gesellschaft einzusetzen.

Bestehende Netzwerke zur Stärkung von Demokratie- und Toleranzerziehung sollen durch den lokalen Aktionsplan miteinander verbunden und verbreitert werden. In der präventiven Bekämpfung des Rechtsextremismus soll Wilhelmshaven mit den umliegenden Landkreisen zusammenarbeiten. Das Aktionsprogramm „Toleranz fördern-Kompetenz stärken“ ist im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegt.“

Oberbürgermeister Wagner machte auf die aus seiner Sicht fehlenden, für eine Resolution jedoch spezifischen Merkmale aufmerksam. Er hielt es für ratsamer, die Informationsveranstaltung des „Netzwerk gegen Rechts“ in den Räumen des DGB abzuwarten und zudem den Kriminalpräventionsrat einzuschalten.

Herr Hellwig erklärte, die Fraktionen von CDU und SPD würden sich in eine gemeinsame Resolution einbringen und diese dann in der nächsten Ratssitzung abschließend beraten wollen. Daher beantrage er die **Vertagung der Resolution auf die nächste Ratssitzung**.

Herr Biehl nahm kurz Stellung zu den Kritikpunkten des Oberbürgermeisters an der Resolution und mahnte die Dringlichkeit der Angelegenheit an. Im Übrigen habe die Resolution zum Ziel, dass die Verwaltung mit dem Kriminalpräventionsrat einen Aktionsplan entwickle. Aus diesem Grunde könne er den Sinn einer Vertagung nicht nachvollziehen.

Herr Reese nannte als Beispiel für einen gelungenen Einsatz gegen die rechte Szene die Arbeit des „Netzwerk gegen Rechts“ und beschrieb deren Tätigkeit. Er appellierte an alle, sich zu engagieren und der bereits genannten Veranstaltung beizuwohnen.

Herr Büscher verdeutlichte anhand verschiedener Beispiele den aus seiner Sicht sehr wohl bestehenden dringenden Handlungsbedarf. Es sollte nicht nur bei Absichtserklärungen bleiben, es müsse vielmehr auch aktiv gehandelt werden.

Herr Sokolowski wehrte sich gegen die immer wieder geäußerte Behauptung, es gebe keinen Rechtsradikalismus in der Stadt. Die Zahl der Straftaten wie auch der dazugehörigen Namen sprächen eine andere Sprache. Aus diesem Grunde halte er die Verabschiedung dieser Resolution für dringend nötig. Ein Ablehnung habe in der Öffentlichkeit verheerende Auswirkungen.

Oberbürgermeister Wagner hielt dem entgegen, dass für ein derart wichtiges Vorhaben die Form einer Resolution der falsche Weg sei. Besser, weil greifbarer und verbunden mit klaren Handlungsaufträgen, sei ein handfester Beschluss.

Frau Breuer warf die Frage auf, wieso dies nicht durch den Oberbürgermeister bereits im Vorfeld während des Kontaktes mit den Antragstellern zur Sprache gekommen sei.

Oberbürgermeister Wagner entgegnete, es sei von vornherein klar gestellt worden, dass das Abfassen einer Resolution des Rates an sich selbst kein üblicher Weg sei.

Herr Hammadi bestätigte den aus seiner Sicht in der letzten Zeit spürbar gewordenen Anstieg neonazistischer Straftaten. Das Thema dürfe nicht verharmlost werden und bedürfe dringend einer Lösung. Es sei daher sehr wichtig, dass sich der Rat gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus ausspreche.

Oberbürgermeister Wagner appellierte, vor einer endgültigen Beschlussfassung die Ergebnisse des Gesprächs am kommenden Montag abzuwarten, um diese dann mit einfließen lassen zu können.

Herr Föhlinger bat, an den Aktivitäten des „Bündnis gegen Rechts“ als weiteres Fachgremium zu beteiligen.

Oberbürgermeister Wagner bestätigte, es sei ohnehin geplant gewesen, dieses Gremium wie auch den Kriminalpräventionsrat einzubeziehen, um dem Rat zur nächsten Sitzung einen auch faktisch belastbaren Beschluss vorlegen zu können.

Er **beantrage** daher, dass das „Bündnis gegen Rechts“ gemeinsam mit dem Kriminalpräventionsrat im Nachgang zu der bereits erwähnten Veranstaltung Vorschläge erarbeiten solle, die die Grundlage für einen Beschluss, nicht einer

Resolution, bildeten. Dieser solle in der nächsten Ratssitzung verabschiedet werden.

Herr Tjaden fasste zusammen, dass der Rat, um dem Änderungsantrag von Oberbürgermeister Wagner nachzukommen, die Resolution ablehnen müsse. Der Vertagungsantrag müsse seines Erachtens gesondert gestellt werden.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, sofern der Rat eine aussagekräftiges Zeichen nach außen setzen wolle, sollte über die Resolution nicht abgestimmt werden. Diese sei aus seiner Sicht nicht ausreichend fundiert, um einen belastbaren Beschluss herbeizuführen.

Dem **Antrag des Oberbürgermeisters** wurde anschließend bei 10 Nein-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV/Piraten, Herr Hammadi –Die Linke.) und 2 Enthaltungen (Herr Tjaden (BASU), Herr Dr. von Teichman (FDP)) **mehrheitlich zugestimmt**.

Auf Bitten von Herrn Tjaden wurde die **Sitzung von 19.05 Uhr bis 19.15 Uhr unterbrochen**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erklärte **Herr Biehl**, dass die Resolution alles gewünschte beinhalte und damit entsprechend verabschiedet werden könne. Die Gruppe wolle mit der Resolution ein Zeichen setzen. Es bleibe der Verwaltung unbenommen, zur nächsten Ratssitzung einen Beschluss zu fassen, der die dafür notwendigen Aktivitäten vorsehe. Er bitte daher, zunächst über die Resolution abzustimmen. Mit welchen Schritten dann weiter verfahren werde, sei Sache der Verwaltung. Die Gruppe biete ihre Mitarbeit jedoch gerne auch dort an.

Oberbürgermeister Wagner entgegnete, nach seiner Meinung habe der Rat die Pflicht, gemeinschaftlich zu agieren und ein möglichst umfassendes Paket zu verabschieden. Aus diesem Grunde stelle er den **Antrag auf Vertagung der Entscheidung zur Resolution auf die nächste Ratssitzung**.

Dem **Vertagungsantrag** wurde bei 11 Nein-Stimmen (Gruppe Grüne/WBV/Piraten, Herr Hammadi (Die Linke.), Herr Tjaden (BASU)) und 1 Enthaltung (Herr Dr. von Teichman (FDP)) **mehrheitlich zugestimmt**.

B Einwohnerfragestunde

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

In Beantwortung einer Nachfrage aus den Reihen der Zuschauer ging **Oberbürgermeister Wagner** kurz auf den Unterschied zwischen dem von Herrn Tjaden gestellten Antrag und dem des Tierschutzvereins ein.

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

gez.

gez.

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

Wagner
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin